Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

145 (25.6.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. V. 3370.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 145 — **Dienstag, den 25. Juni 1935** — **106. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Botschafter von Ribbentrop hat sich zum Flottenvertrag geäußert und ihn als den Anfang praktischer Friedenspolitik gekennzeichnet.

*

Der englische Minister Eden verhandelte am Montag mit Mussolini in Rom über den Flottenvertrag und den Luftpakt.

*

In Budapest sind 400 deutsche Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte zum Studium des ungarischen Rechtes und des Landes eingetroffen.

*

In Belgrad hat der bisherige Finanzminister Stojadinowitsch ein neues Kabinett gebildet mit verbreiterten Grundlagen.

*

Der Kaiser von Abessinien dementierte die Gerüchte über ein Bündnis mit England.

*

Die Tagung der Internationalen Handelskammer in Paris wurde mit Ansprachen eröffnet, in denen die Währungsunsicherheit und der internationale Güteraustausch betont wurden.

*

Die neue Regierung Stojadinowitsch wurde in der südslawischen Oeffentlichkeit mit großem Beifall aufgenommen. Man erwartet, daß das Kabinett im Herbst Neuwahlen ausschreiben wird.

Die Regelung des Transfer ab 1. Juli

Berlin, 24. Juni. In Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des Kommuniques der Berliner Transferkonferenz vom 29. Mai 1934 hatte die Reichsbank am 14. Juni 1934 die Transferregelung für alle innerhalb der Zeit vom 1. Juli 1934 bis 30. Juni 1935 eintretenden Fälligkeiten aus mittel- und langfristigen deutschen Auslandsverpflichtungen bekanntgegeben. Mit Rücksicht darauf, daß die deutsche Devisenlage die zu dieser Regelung führte, in der Zwischenzeit keineswegs eine Besserung, vielmehr eine weitere Verschlechterung erfahren hat, sieht sich die Reichsbank genötigt, eine entsprechende Regelung für ein weiteres Jahr vom 1. Juli 1935 bis 30. Juni 1936 zu treffen.

Das Reichsbankdirektorium bestimmt daher hinsichtlich aller mittel- und langfristigen deutschen Auslandsverbindlichkeiten, die in der Zeit vom 1. Juli 1935 bis 30. Juni 1936 fällig und bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden eingezahlt werden, das folgende:

1. Ein Bartransfer findet nicht statt.

2. Jeder Zinsscheininhaber ist berechtigt, auf Grund der für ihn durch Reichsmarkzahlung des deutschen Schuldners an die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden gegen diese begründeten Reichsmarkforderungen nach näherer Maßgabe der Durchführungsbestimmungen mit 3 v. H. jährlich verzinsliche und mit 3 v. H. des jeweils umlaufenden Betrages jährlich tilgbare, bis zum 1. Januar 1946 laufende Fundierungsschuldverschreibungen der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden in Höhe des Nominalbetrages des Zinsscheines und in der Währung, auf die der Zinsschein lautet, zu erhalten. Kapital, Zinsen und Tilgungsbeträge der Schuldverschreibungen sind mit der Reichsgarantie ausgestattet, auf die die Beschränkungen und Verbote des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 4. Februar 1935 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 106) und die Vorschriften des Gesetzes über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vom 9. Juni 1933 (Reichsgesetzblatt 1 Seite 349) keine Anwendung finden.

3. Den Zinsscheingläubigern stehen die sonstigen Zinsgläubiger sowie die Gläubiger von Dividendenforderungen und Forderungen auf regelmäßig wiederkehrende Leistungen ähnlicher Natur gleich, die gemäß dem Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vom 9. Juni 1933 bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden einzuhalten sind.

4. Die Behandlung von Tilgungsbeträgen und Kapitalrückzahlungen wird besonderer Regelung vorbehalten. Ihre Transferierung unterbleibt.

5. Der Zahlungsverkehr gegenüber dem Auslande, der durch Verrechnungs- oder Zahlungsabkommen oder durch sonstige Vereinbarungen anderer Weise als durch Einzahlung bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden seine Regelung findet, bleibt von den vorstehenden Bestimmungen unberührt.

Die französische Handelsabordnung von Berlin nach Paris zurückgekehrt

DNB. **Paris**, 24. Juni. Die französische Handelsabordnung ist von Berlin nach Paris zurückgekehrt. Um die Fortsetzung der Verhandlungen zu ermöglichen, ist das Clearing, das am 30. Juni abläuft, um zwei Wochen bis zum 15. Juli verlängert worden.

Praktische Friedenspolitik

Erklärungen des Botschafters von Ribbentrop

London, 24. Juni. Botschafter v. Ribbentrop gewährte am Sonntag den Vertretern von Reuter und Havas ein Interview. Bei dieser Gelegenheit machte er über das deutsch-englische Flottenabkommen u. a. folgende Ausführungen: Ich freue mich, daß die Flottenverhandlungen zu einem guten Ende geführt werden konnten. Dieses englisch-deutsche Abkommen war nur möglich durch eine großzügige und verständnisvolle Einstellung auf beiden Seiten, d. h. durch die Haltung des deutschen Kanzlers und der britischen Regierung. Nach Jahren der schönen Reden, der ruhelosen Ministerreisen von einer Hauptstadt zur anderen, der Konferenzen ist hier zum ersten Male auch wirklich etwas getan worden, nämlich: der erste praktische Schritt für Rüstungsbeschränkung.

Ich glaube, Europa hat in der Vergangenheit den Fehler gemacht, hier zu viel auf einmal anzufassen, zwei Fehler vor allem: erstens wollte man immer alles auf einmal in Ordnung bringen, statt ein Problem noch dem anderen in Angriff zu nehmen, und zweitens hat man, was noch schlimmer, versucht, alle Probleme aller Länder mit allen Mächten gleichzeitig an einem Tisch zu lösen. Das wird dann kollektives Friedenssystem genannt. Ich glaube, man hat bisher das Pferd am Schwanz aufgezäumt.

Auch Deutschland wünscht ein Friedenssystem, das Freundschaften entspringt, die auf Tatsachen und nicht auf Theorien aufgebaut sind. So müßte die Grundlage jedes Völkerbundes aussehen! Aber Deutschland ist davon überzeugt, daß man dahin nur Schritt für Schritt gelangen kann, und glaubt, daß die vitalen Probleme Europas nur durch Friedens-Taten zu lösen sind — auch wenn zwei Völker zunächst allein handeln — und nicht durch allgemeine Friedens-Gespräche, die Europa bislang nicht weitergebracht haben. Ich glaube, dies Flottenabkommen ist der Anfang einer praktischen Friedenspolitik. Es regelt ein für allemal die Flottenfrage, das vitalste Problem zwischen Deutschland und England. Eine Flottenrivalität wird für alle Zukunft ausgeschaltet. Es ist ein wunderbares Gefühl, wenn man sich klar macht, was das für diese beiden großen Länder bedeutet. Aber ich bin davon überzeugt, daß dies nur die eine Seite der Frage ist. Das andere Hauptergebnis jeder Flottenabmachung besteht darin, daß wir das Eis gebrochen haben, das die politische Situation Europas in Erstarrung hielt. Die Atmosphäre der Beruhigung, die jetzt logischerweise nicht ausbleiben kann, wird sicherlich den Weg zur Lösung anderer Fragen ebnen, und so könnte dieses Abkommen sehr wohl ein Eckstein einer wirklichen Konsolidierung Europas werden.

Wir Deutsche glauben an die Mission, die Europa für die ganze zivilisierte Welt zu erfüllen hat, und ich würde nur zu glücklich sein, wenn alle Länder Europas die außerordentliche Bedeutung dieser Tatsache erkennen würden. Vor die Alternative gestellt zwischen: Konsolidieren der alten Staaten auf der einen Seite mit dem darauf folgenden Wohlstand, der allein den Menschenmassen unseres Kontinents die Existenz sichern kann und nur Chaos auf der anderen Seite, sollte die Wahl nicht schwer fallen und ich bin sicher, daß wir nunmehr einen Weg finden werden.

Ich glaube, in dem Ringen um die Erhaltung der Kultur müssen England, Frankreich und Deutschland und die anderen europäischen Staaten zusammenstehen. Wir glauben an ein starkes Europa und an ein starkes britisches Weltreich.

Da muß ich aber nun noch etwas bemerken: Heute las ich in einer der Morgenzeitungen, daß Deutschland versuche, einen Keil zwischen Frankreich und England zu treiben. Dazu kann ich nur sagen, daß uns in Deutschland völlig das Verständnis für solche seltsamen Unterstellungen fehlt, die ihren Ursprung nur in dem Geschwätz von Leuten haben können, die sich einfach von einer gewissen Vorkriegsmentalität nicht freimachen können. Ich meine, wir sollten klug sein und unsere internen Zwistigkeiten innerhalb der alten Welt vergessen, wenn wir alle die Auferstehung des Abendlandes wünschen, wie der Reichskanzler Hitler in seiner Rede sagte, müssen wir lernen, weit voraus zu blicken, und auch an diese Auferstehung glauben.

Und nun möchten Sie noch wissen, wie ich mir die weitere Entwicklung der Dinge vorstelle. Da will ich Ihnen etwas persönliches sagen: Man sagt, ich hätte es mir zur Lebensaufgabe gemacht, mitzuhelfen, daß eine enge Zusammenarbeit zwischen England, Frankreich und Deutschland zustandekommt, der sich die anderen europäischen Staaten gerne eingliedern könnten. Ich glaube, daß diese Leute Recht haben, und ich bin überzeugt, daß wir auf dem besten Wege hierzu sind!

Urteil gegen vier Mitglieder der heimattreuen Bewegung

Lüttich, 24. Juni. In dem Ausbürgerungsprozeß gegen die vier Mitglieder der heimattreuen Bewegung in Malmedy, Josef Peter, Heinrich de Botthaw und Paul Foxius wurde am Montag von dem Appellationsgericht in Lüttich das Urteil verkündet. Das Urteil lautet gegen sämtliche vier Beschuldigten auf Aberkennung der belgischen Staatsangehörigkeit. Die Begründung des Urteils beschränkt sich auf die üblichen Formalitäten. Gegen das Urteil wird von den Prozeßbevollmächtigten innerhalb der gesetzlichen Frist Einspruch erhoben werden.

N.S.-Volksflugtag!

am Sonntag, den 30. Juni 1935, nachmittags ½3 Uhr.

Der Kartenvorverkauf zu der Karlsruher Großflugveranstaltung hat bereits eingesetzt. Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu ermäßigten Preisen bei allen Betriebszellenobleuten der Karlsruher Betriebe, sowie bei allen Vertrauensleuten der Behörden und bei der NSG. — „Kraftdurch Freude" Karlsruhe, Kaiserstraße 148 und Lammstraße 15, erhältlich. Preise im Vorverkauf 30 Pfennig und 70 Pfennig.

Um die Karlsruher Bevölkerung mit der Fliegerei bekannt und vertraut zu machen, kommen etwa 500 Rundflüge zur kostenlosen Verteilung.

Die Deutsche Luftfahrt braucht das Interesse und die Unterstützung des gesamten deutschen Volkes.

Deshalb fordern wir die gesamte Karlsruher Bevölkerung auf, durch gemeinsamen geschlossenen Besuch dieser Großveranstaltung, dieselbe zu einer vaterländischen Kundgebung größten Ausmaßes zu gestalten.

N.S.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude"
Gau Baden.

Eden auf Reisen

Politisches Clearing im Anschluß an den deutsch-englischen Flottenpakt

Herr Eden wurde schon einmal, vor reichlich Jahresfrist, von London nach dem Kontinent entsandt, um den festgefahrenen Karren der europäischen Politik flott zu machen. Seine Rundreise bei den wichtigsten europäischen Kabinetten hat damals der britischen Regierung zwar sicherlich eine ganze Menge interessanten Materials gebracht, aber die einer Art Erstarrung einander gegenübersitzenden Verhandlungspartner konnten auch durch Herrn Eden nicht wieder in Bewegung gebracht werden. Die englische Politik war damals obendrein noch zu sehr geneigt, auf die Pariser Richtlinien Rücksicht zu nehmen. Wahrscheinlich hat sie inzwischen die Ueberzeugung gewonnen, daß gerade diese dogmatischen Bindungen ein Hemmnis für die Erreichung ihrer Ziele bilden. Der Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens spiegelt jedenfalls die zurückgewonnene Selbständigkeit des Handelns in Downing Street.

Das Echo, das aus Paris über den Kanal drang, entsprach dem genau. Frankreich erklärte in zum Teil etwas aufgeregten Pressekommissaren, der Flottenpakt sei ein Verstoß gegen das Londoner Communique, ein Bruch der Stresafront, und der Erste Lord der Admiralität, Sir Bolton Eyres-Monsell, erklärte soeben im Unterhaus, die Kritik von der anderen Seite habe behauptet, England sei nicht berechtigt, sich mit der Frage der Flottenbegrenzung unabhängig von der Frage der Abrüstung zu Lande und in der Luft zu befassen. Er hat alerdings auch sofort die Antwort auf diesen Einwand erteilt, indem er sagte, die britische Regierung habe diese Auffassung nie teilen können. Damit ist der Standpunkt Londons in dieser Frage gegenüber allen Bemängelungen präzisiert.

Aber England denkt sicherlich garnicht daran, eine Extratour zu tanzen. Es ist nur über die praktischen Wege, die zur Verwirklichung des von ihm angestrebten Zieles, der Befriedung Europas, und einer wirklichen Begrenzung der Rüstungen, führen, anderer Meinung als die französischen Staatsmänner, die von ihrer formalistisch und, wenn man so will, logisch-juristischen Behandlung politischer Fragen nicht recht loskommen können. Der deutsch-englische Flottenpakt erschien dem britischen Kabinett nicht nur im Interesse der künftigen Beziehungen zwischen den unmittelbar betroffenen beiden Regierungen wünschenswert, sondern es sieht

in ihm auch ein Mittel, den schließlichen Abschluß eines allgemeinen Vertrages über die künftige Begrenzung der Flottenrüstungen zu erleichtern. An diesem allgemeinen Vertrage, und möglichst darüber hinaus an einer allgemeinen Beschränkung der Rüstungsrivalität überhaupt, hält London aber fest, und nachdem in dem Vertragsabschluß mit Deutschland die praktische neue Abrüstungsphase gewissermaßen gestartet worden ist, geht England unmittelbar dazu über, diesen Anlauf zur Ueberwindung der weiteren Etappen zu benutzen. Die französische und italienische Regierung sind bereits ersucht worden, sich zu der Frage von gleichgerichteten Verhandlungen zu äußern, und Herr Eden, der Makler Englands auf dem Felde der Europapolitik, ist nach Paris und Rom entsandt worden, um dort einmal die Bedenken zu zerstreuen, die gegen das Abkommen mit Deutschland vorgebracht wurden, und um zum anderen die Fäden für eine positive Weiterarbeit anzuknüpfen.

Die Etappe Paris hat Mr. Eden hinter sich. Sein Empfang war durchaus nicht so frostig, wie die Presse ihn in Aussicht gestellt hatte. Vielleicht ist der Regierung die etwas heftige Sprache gewisser Zeitungen nicht unwillkommen gewesen. Ihre eigene Verbindlichkeit konnte sich auf dem Hintergrunde dieser etwas künstlich gemachten Erregung besser abheben. Sie denkt aber garnicht daran, mit England zu brechen, und der Friedensbote Eden ist ihr ein sehr willkommener Gast. Trotz des Russenpaktes hält der Quai d'Orsay an seiner Westorientierung fest, und im Grunde träumt man in den Räumen des französischen Außenministeriums immer noch von einem Wiedererstehen der Entente cordiale mit England. Das erst wäre die endgültige Garantie für die kontinentale Hegemonie Frankreichs. Herr Laval wird sich deshalb klugerweise mit dem Vorhandensein des deutsch-englischen Abkommens abgefunden haben. Worum es ihm geht, ist, daß er nun das Kabinett von Westminster wieder in die Linie des Londoner Communiques vom 3. Februar zurückführt, auch wenn er dabei die Vorbelastung durch den Flottenpakt mit in Kauf nehmen muß. Die Instruktionen, die Herrn Eden mitgegeben wurden, haben durchaus eine Verhandlung auf dieser Linie ermöglicht, wenn man in London vielleicht auch über das Schwergewicht der einzelne Punkte des Programms vom 3. Februar andere Ansichten hat als in Paris. Es wird sich bald zeigen, ob die Londoner Auffassung, die zweifellos praktischer und mehr auf das unmittelbar Erreichbare eingestellt ist, die formalistischen und dogmatischen Einwände von Paris zu überwinden vermag.

Herr Eden reist von Paris nach Rom. Dort wird der Flottenpakt überhaupt nur eine untergeordnete Rolle spielen, denn Italien hat ihn erheblich ruhiger aufgenommen als Frankreich. Aber in Rom gilt es, in der abessinischen Angelegenheit zu einer Verständigung zu gelangen. Schon die Pariser Besprechungen haben zum Teil ihr gegolten. Man weiß in London, daß der Einfluß Frankreichs auf Italien im Augenblick recht nützlich ist. Die Pariser Presse hatte in ihrem ersten Aerger über das deutsch-englische Flottenabkommen gedroht, daß der Quai d'Orsay sich nunmehr einer vermittelnden Aktion in Rom versagen würde. Das hätte bedeutet, daß Frankreich Italien in Abessinien freie Hand läßt. England hat nicht die Absicht, das zu tun. Im Gegenteil, je mehr es auf dem Wege zur Festigung des europäischen Friedens Fortschritte macht, desto entschlossener wird es wieder in der Vertretung seiner überseeischen Interessen werden. Eden hat den gemessenen Auftrag, mit Mussolini eine Lösung des abessinischen Problems zu versuchen, die, ohne das italienische Selbstbewußtsein zu kränken, doch eine Revolutionierung der Verhältnisse in Ostafrika vermeidet. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Eden sozusagen der „Völkerbundsminister" Englands ist und daß er ein ganz besonderes Interesse daran hat, die abessinische Angelegenheit zu bereinigen, bevor sie vor den Völkerbund kommt und ihn dort vor peinliche Aufgaben stellen würde.

Die englische Diplomatie hat einen durch jahrhundertelange Erfahrung geschulten Instinkt. Sie hat sich in der Nachkriegszeit und namentlich wieder in den letzten Jahren nur sehr ungern zu den Methoden der Konferenzdiplomatie bequemt. Nur die parlamentarischen Außenseiter, die zeitweilig in der englischen Politik tonangebend waren, haben sie gewissermaßen als ein Mittel internationaler Demokratie ergriffen. Die englische Berufsdiplomatie, die, unabhängig von wechselnden parlamentarischen Mehrheiten, den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht bildet, hat sie immer abgelehnt. Wenn Eden jetzt entsandt wurde, um die dem britischen Kabinett besonders dringlich erscheinenden Einzelfragen in Einzelverhandlungen einer Lösung zuzuführen, so bedeutet das auch eine vorsichtige aber entschiedene Absage an die Konferenzdiplomatie, an der Paris immer noch hängt.

*

Unterredung Mussolini — Eden

Rom, 24. Juni. Ueber die erste Besprechung zwischen Mussolini und Eden wird folgendes Communique bekannt gegeben:

Der italienisch Regierungschef hat Montag vormittag im Palazzo Venezia den englischen Minister Eden empfangen, mit dem er eine in herzlichem Ton gehaltene Unterredung hatte, die ungefähr zwei Stunden dauerte. Während dieser Unterredung wurden das deutsch-englische Flottenabkommen vom 8. Juni, die Pläne für den Luftpakt und andere Fragen erörtert, die den Gegenstand des englisch-französischen Zusammentreffens in London vom 3. Februar bildeten.

Die Unterredung wurde nachmittags um 5 Uhr fortgesetzt. Offiziell stehen, wie betont wird, lediglich die beiden Punkte der deutsch-englischen Flottenverständigung und des Luftpaktes zur Verhandlung. Man glaubt jedoch, daß ähnlich wie in Paris im Laufe der Besprechungen auch andere Fragen, wie etwa der Donaupakt und eine Erörterung der gesamteuropäischen Lage zur Sprache kommen. Mit Bestimmtheit kann angenommen werden, daß der Duce und Eden in einen Meinungsaustausch über den französisch-sowjetrussischen Pakt und die sich daraus für Europa ergebenden Folgen treten werden. Man läßt in hiesigen Kreisen jetzt sogar durchblicken, daß sich der Duce einer Erörterung der abessinischen Frage, falls sie von Eden angeschnitten werde, nicht völlig entziehen werde. Allerdings ist man in diesem Punkte nach wie vor besonders zurückhaltend. Es steht noch nicht fest, ob Eden Dienstagmittag nach Paris abreisen, oder ob die Notwendigkeit weiterer Besprechung eine spätere Abreise erforderlich machen wird.

Eden verlängert seinen Aufenthalt in Rom. — Der Inhalt der britischen Besprechungen.

DNB. **Rom,** 24. Juni. Die Verschiebung der für Montag nachmittag angesetzten zweiten Unterredung zwischen Mussolini und Eden wird von italienischer Seite damit begründet, daß man es nicht für notwendig gehalten habe, die Besprechungen überstürzt fortzusetzen, da Eden seinen hiesigen Aufenthalt verlängert hat. Es steht noch nicht fest, ob er Dienstag abend oder Mittwoch mittag Rom verläßt. Dienstag vormittag wird der englische Minister Gelegenheit nehmen, sich mit dem Staatssekretär des Aeußern, Suvich, zu unterhalten.

Dieser gibt sodann mittags ein Frühstück in dem am Meer gelegenen Castell Fusano.

Der Abreisetermin Edens hängt von der Festsetzung der zweiten Besprechung mit Laval in Paris ab.

Wie von italienischer Seite verlautet, hat Eden in der Vormittagsbesprechung am Montag den Duce eingehend über seine Berliner Besprechungen mit dem Führer unterrichtet. Es wird ausdrücklich betont, daß in den Verhandlungen nur die Flotten- und Luftpaktfragen zur Sprache gekommen sind, die Erörterung dieser Fragen jedoch nicht ganz abgeschlossen ist. Wie man hört, hat der englische Minister Mussolini ausführlich auseinandergesetzt, daß die neue deutsch-englische Flottenverständigung keine Verletzung des Washingtoner und Londoner Flottenabkommens darstellt. Sowohl von englischer wie von italienischer Seite wird mitgeteilt, daß die abessinische Frage in den Besprechungen noch nicht behandelt worden ist; beide Gedanken schließen jedoch nicht aus, daß dies noch im Laufe des Dienstag geschehen wird.

Unterhausfragen zum deutsch-englischen Flottenabkommen

DNB. **London.** 24. Juni. Das deutsch-englische Flottenabkommen stand am Montag im Mittelpunkt mehrerer Unterhausfragen. Auf eine Frage, ob das englisch-französische Protokoll vom 3. Februar immer noch die Palitik der englischen Regierung darstelle, erwiderte Außenminister Sir Samuel Hoare: „Jawohl". Der Arbeiterabgeordnete Cocks fragte, ob in dem Protokoll nicht gesagt worden sei, daß Deutschland keine einseitige Entscheidung treffen solle, ferner daß einer auf Teil V des Versailler Vertrages gestützte allgemeine Vereinbarung abgeschlossen werden müsse und daß Deutschland einen Ostpakt unterzeichnen und zum Völkerbund zurückkehren solle, und ob das deutsch-englische Flottenabkommen nicht eine Verletzung dieser Abmachungen sei. Der Außenminister antwortete: „Nein, die Auswirkung der Durchführung dieser Politik muß notwendigerweise der Gegenstand von Erörterungen zwischen den beiden Regierungen sein. Tatsächlich sind solche Erörterungen zurzeit im Gange". Der Arbeitervertreter Thorne fragte, ob es nicht zutreffe, daß Minister Eden „infolge der Verletzung der am 3. Februar erzielten Vereinbarung" nach Paris und Rom gereist sei. Sir Samuel Hoare sagte: „Nein, das ist nicht der Fall. Ich habe bereits mitgeteilt, daß sie keine Verletzung von irgend etwas ist". Der Abg. Cocks stellte die weitere Frage, ob die englische Regierung im Hinblick darauf, daß eine deutsche Flotte, die 35 v. H. der englischen beträgt, die Ostsee beherrschen werde, Maßnahmen ergriffen habe, um die Ansichten der Regierungen Sowjetrußlands, Schwedens und der baltischen Staaten zum deutsch-englischen Flottenabkommen festzustellen.

Der Außenminister antwortete verneinend. Die Räterregierung sei aber amtlich von den Bedingungen des deutsch-englischen Flottenabkommens unterrichtet worden. Cocks fragte weiter: „Beabsichtigt die englische Regierung nicht im Hinblick darauf, daß alle diese kleinen Staaten durch das Flottenabkommen der Gnade Deutschlands ausgeliefert werden (!), einen Ostpakt zur Garantierung der Grenzen der betroffenen Staaten vorzuschlagen?" Der Außenminister antwortete: „Nein, ich gebe überhaupt nicht zu, daß die Behauptung des Abgeordneten, das deutsch-englische Abkommen liefere diese kleinen Staaten der Gnade Deutschlands aus, zutrifft. Ich betrachte das Abkommen als gut nicht für uns und Deutschland allein, sondern für alle Flottenmächte." Der Arbeitervertreter Thorne behauptete dann erneut, daß das Flottenabkommen eine Verletzung des Versailler Vertrages und des Abkommens von Stresa sei und fragte, ob nach der Rückkehr Edens aus Rom im Unterhaus eine Erklärung darüber abgegeben werde. Hoare sagte, eine Erklärung werde sehr wahrscheinlich abgegeben werden, aber er könne keine der in der Frage Thornes aufgestellten Behauptungen zugeben.

Ministerpräsident Baldwin erklärte: „Ich bezweifele die Nützlichkeit irgend einer allgemeinen Aussprache, bevor die Lage klarer geworden ist."

*

Englische Antwort auf die französische Anfrage wegen der deutsch-englischen Flottenbesprechungen.

DNB. **Paris,** 24. Juni. Die Antwort der englischen Regierung auf die französische Anfrage vom 17. Juni wegen der deutsch-englischen Flottenbesprechungen -- eine Anfrage, die vor Unterzeichnung des Abkommens in London übergeben wurde — ist in Paris eingetroffen. In unterrichteten französischen Kreisen verlautet, daß es sich um ein sehr kurzes Schriftstück handle, das eher eine Art höflicher Empfangsbestätigung darstelle. In dem Schriftstück werde allerdings auf die Zweckmäßigkeit der Abhaltung einer Flottenkonferenz Ende dieses Jahres im Hinblick auf das Erlöschen des Washingtoner Vertrages hingewiesen.

Der englische Gesandte verläßt Addis Abeba

Addis-Abeba, 24. Juni. Der englische Gesandte Sir Sidney-Barton wird Addis-Abeba verlassen und sich nach England begeben. Seine Abreise erfolgt angeblich aus Gesundheitsrücksichten. Der Kaiser von Abessinien erklärte, daß die Gerüchte über ein Bündnis zwischen England und Abessinien jeder Grundlage entbehrten. Die Beziehungen seines Landes zu England könnten als normal betrachtet werden. Das energische Eingreifen Englands in den Konflikt mit Italien sehe er als erneuten Freundschaftsbeweis an.

Das neue slawische Kabinett

Belgrad, 24. Juni. Wie verlautet, ist die südslawische Regierungskrise beendet. Der bisherige Finanzminister, Stojadinowitsch stellte im Laufe des Montags die neue Regierung zusammen. Obwohl eine amtliche Liste noch nicht bekannt ist, wird in gut unterrichteten Kreisen folgende Zusammensetzung vermutet:

Ministerpräsident und Außenminister: Stojadinowitsch.
Kriegsminister: General Zifkowitsch.
Handelsminister oder Landwirtschaftsminister: Dr. Spaho.
Innenminister oder Verkehrsminister: Dr. Koroschetz.

Die kroatischen Postminister, die schon dem Kabinett Jeftitsch angehört hatten, verbleiben auf ihrem Posten.

Aus der Zusammensetzung des Kabinetts ist zu ersehen, daß dem neuen Ministerpräsidenten die seit langem erstrebte Verbreiterung der Grundlagen gelang, auf die sich die Regierung im Volke stützen wollte.

Das große Einmaleins

ROMAN VON HANNA PASSER

8. Fortsetzung

Sie trägt ihr Los mit jener harten Entschlossenheit, die die aufwachsende Generation kennzeichnet, die sie formte und stählte. Dabei panzert sie sich mit einer Unnahbarkeit, die jegliche Hilfe von dritter Seite, ja nur das Angebot solcher Hilfe, einfach ausschließt.

Das belastet Wandas warmherziges Gemüt, dem das Bestreben zu helfen und zu trösten naturgegeben ist, und die es nirgends lieber betätigen würde, als gerade hier.

Das verurteilt Kamill Holzer dazu, mit gebundenen Händen daneben zu stehen, wo es ihn doch mit aller Macht drängt, helfend einzugreifen.

* * *

„Haben Sie Kummer?" fragt Manfred den Alten, dessen offenbare Verstörtheit ihm seit Tagen auffällt.

Wie ein ertappter Sünder reißt Holzer sich zusammen und wehrt mit krampfhafter Lebhaftigkeit ab.

„Ich...? Aber nein. Wo denken Herr Doktor bloß hin!"

Allein diesmal ist der Frager nicht so leicht abzuschütteln wie sonst stets, wenn er wirklich einmal privater wurde. Denn heute hat Manfred zum erstenmal, seit er des so plötzlich verstorbenen Onkels Nachfolger wurde, Zeit, sich auch einmal für etwas zu interessieren, was außerhalb des Kanzleiinteresses liegt.

Man kann Atem holen. Ein großer Prozeß war in letzter Instanz gewonnen, ein wichtiger Kaufvertrag glücklich unter Dach und Fach gebracht, eine äußerst verwickelte Erbschaftsangelegenheit gut ausgetragen worden.

Und alle diese günstigen Resultate sind nicht zum geringsten Teil das Verdienst dieses alten Mannes hier. Desselben, der so plötzlich altert, derselbe, dem — und wenn es sein Mund auch noch so laut leugnet — die Sorge nur allzu deutlich im Gesicht geschrieben steht.

„Ich sehe doch, daß Sie irgend etwas bedrückt, lieber Holzer. Warum wollen Sie es nicht zugeben?"

„Herr Doktor täuschen sich wirklich. Was könnte mir auch Kummer bereiten, wo doch alles in der Kanzlei so gut geht?"

„Ja, aber gibt es denn für Sie nichts anderes als nur die Kanzlei?" entfährt es spontan dem jungen Anwalt.

Der alte Mann schüttelt den Kopf. Dann entschließt er sich zu zögernder, stockender Rede.

„Ich war siebzehn Jahre alt, als der Herr Großvater sich meiner annahm, und hab' noch zu seiner Zeit mein fünfundzwanzigjähriges Dienstjubiläum gefeiert. Unter dem Herrn Doktor Felix" — es ist die einzige Vertraulichkeit, die sich das alte Faktotum gestattet, seinen vergötterten Herrn mitunter einfach Herr Doktor Felix zu nennen — ‚dann mein fünfzigjähriges ... gerade noch ein halbes Jahr bevor das Unglück geschah..."

Ja ... ja, denkt Manfred, er dient uns ausschließlich ... ein ganzes Menschenalter ... hat es darüber versäumt, ein eigenes privates Leben zu führen, ist nicht dazu gekommen zu heiraten, eine Familie zu gründen...

„Haben Sie denn keine Verwandten?" fragt er aus seinen Gedankengängen heraus.

„Nein, Herr Doktor, ich habe wirklich nur die Kanzlei."

„Und sonst gar nichts?"

„Nein." Kamill Holzer sagt es, ohne zu zögern; ganz entschieden, laut und deutlich, und steht aufrecht vor seinem jungen Herrn. Und doch glaubt ihm dieser nicht. Rein gefühlsmäßig glaubt er ihm nicht.

Der Alte lügt mich an, fährt es ihm durch den Kopf. Doch dann korrigiert er seine Meinung so: Der Alte hat ein Geheimnis...

* * *

Und diese Ansicht Manfreds verdichtet sich im Laufe der nächsten Tage immer mehr. Dabei macht er einen neuen, feinen Unterschied in ihrer Formulierung und drückt sie schließlich so aus: Den Alten drückt ein Geheimnis. Denn je mehr er ihn daraufhin beobachtet, um so deutlicher gewinnt er den Eindruck, als würde Kamill Holzer eine Last schleppen.

Aber er behält seine Beobachtungen für sich, tut unbefangen und dringt nicht mehr mit Fragen in seinen Bürovorsteher.

Und dann kommt ein Zwischenfall, der allen seinen Gedanken eine ganz andere Richtung gibt.

Es fängt damit an, daß Landgerichtsrat Dr. Friedrich Hardegen telephonisch seinen Besuch ankündigt.

* * *

Eine halbe Stunde später — Manfred hatte kaum Zeit, alle unerquicklichen Möglichkeiten durchzudenken, die mit Sicherheit aus dem Kommen Hardegens zu erwarten stehen — führt Holzer den Landgerichtsrat in sein Privatbüro.

Der alte Herr ist mittelgroß, von elastischer Zierlichkeit der Gestalt, mit glattrasiertem, rötlichem Gesicht, schneeweißem, locker zurückgebürstetem Haar über einer strengen Stirn.

Die auffallend hellblauen Augen hinter randlosen Brillengläsern verraten heute, entgegen ihrem sonst meist starren Ausdruck, mühsam unterdrückte Erregung.

„Bleiben Sie!" befiehlt er dem alten Holzer, der sich zurückziehen will, wechselt Begrüßungsworte mit Manfred und läßt sich in den breiten Ledersessel nieder, den dieser ihm zuvorkommend an den Rauchtisch rückt.

„Danke..." lehnt er die angebotene Zigarre ab, fingert nervös an der Brille und — wartet.

Zögernd entschließt Manfred sich zur Frage:

„Wie geht es?"

Das genügt dem Landgerichtsrat, der rasch einfällt: „Nun wäre es soweit..."

Holzer erschrickt sichtlich.

Aber Manfred versteht nicht gleich. Das verrät sein Gesicht. Und Friedrich Hardegen erklärt:

„Vor einer Stunde haben sie angerufen ... von draußen ... Claudia verlangt nach ihrem Mann ... sie schreit ... es ist ein..."

(Fortsetzung folgt.)